

Mit der „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen - Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Europäer“ beschäftigte sich ein Seminar vom 22. bis zum 24. Oktober 2014 im estnischen Tallinn, das vom Estnischen Zentrum für Arbeitsfragen ETÖK (Eesti Tööküsimuste Keskus) mit Unterstützung von EZA und der Europäischen Union organisiert worden war.

Das Seminar war Teil der EZA-Veranstaltungsreihe zum Schwerpunktthema 2014 „Strategie Europa 2020 und die Situation junger Menschen auf dem europäischen Arbeitsmarkt“.

- Einführung in die Thematik des Seminars

Eero MIKENBERG, Vorsitzender des Estnischen Zentrums für Arbeitsfragen: Estland hat es geschafft, die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren, aber teilweise reflektieren die zurückgehenden Zahlen auch die Auswirkungen von demographischer Entwicklung und Auswanderung. Jungen Arbeitslosen mangelt es an Berufserfahrung, und deswegen haben sie es schwer, eine Stelle zu finden. Durch die Einführung eines dualen Systems könnte diesem Mangel an praktischer Erfahrung abgeholfen werden.

Jozef MOZOLEWSKI, EZA-Vizepräsident: Aus polnischer Sicht könnte man fragen: ist Arbeitnehmermobilität gleichbedeutend mit Auswanderung? Wir sollten zwischen erzwungener Auswanderung und einer freiwilligen Mobilität unterscheiden. Es ist völlig in Ordnung, wenn junge Menschen berufliche Erfahrungen im Ausland sammeln wollen oder das Gefühl haben, ihr Potenzial nur in anderen Ländern optimal verwirklichen zu können. Ein Problem haben wir erst dann, wenn dieselben jungen Menschen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz keine andere Wahl als die Auswanderung haben.

Norbert KLEIN, EZA „Die Strategie Europa 2020 und die Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Jugendarbeitslosigkeit in Europa: eine verlorene Generation?“. Die Europäische Kommission beobachtet die hohe Jugendarbeitslosigkeit mit wachsender Sorge. EZA sollte europaweit in seinen Seminaren die folgenden Themen ansprechen:

Sollte berufliche Bildung der akademischen Bildung gleichgestellt werden?

Erasmus+-Programm: welche zusätzlichen Maßnahmen sind einzuleiten?

Wie kann verhindert werden, dass immer mehr hochqualifizierte Fachkräfte die ärmeren Länder verlassen?

Die langfristigen Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit sind gravierend: junge Menschen sind leichter zu radikalisieren, entfernen sich von den Grundsätzen der Demokratie und sind der Gefahr wachsender sozialer Isolation ausgesetzt.

Peep PETERSON, Vorsitzender des Estnischen Gewerkschaftsbundes: Estland ist der erste Staat im Baltikum, dessen monatlicher Durchschnittslohn die Marke von 1000 Euro überschritten hat. Man redet im Lande sogar schon von einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 1000 Euro, aber das scheint im Moment unrealistisch. Bedauerlicherweise lässt sich der Trend beobachten, dass Branchen wie z.B. die Textilindustrie, in denen wir uns erfolgreich für eine Lohnerhöhung eingesetzt haben, die betreffenden Arbeitsplätze prompt ins Ausland verlagern: zunächst nach Russland, dann nach China und am Ende nach Kambodscha, wo am billigsten gearbeitet wird. Wir kämpfen weiterhin für eine Erhöhung des Lohnniveaus in Estland, aber es muss über eine Globalisierung dieses Kampfes nachgedacht werden.

### **Jugendarbeitslosigkeit: Aktueller Stand und Hintergründe**

Moderator: Eero MIKENBERG, Vorsitzender von ETÖK

Der aktuelle Stand der Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedsstaaten: Länderberichte von Seminarteilnehmern aus Bulgarien, Österreich, Spanien, Litauen, Polen, Portugal, der Tschechischen Republik, Ungarn.

#### **Länderberichte:**

**Bulgarien:** 1,5 Millionen Menschen haben das Land verlassen.

Jugendarbeitslosigkeit: 28 %

Jeder dritte Arbeitslose gilt als Langzeitarbeitsloser.

Anteil der Arbeitslosen, die über die Stellenvermittlung des Arbeitsamts einen Arbeitsplatz gefunden haben: 3 %.

Anteil der Selbständigen an der Bevölkerung: 0,6 %.

Das Erziehungssystem gilt als schlecht.

**Österreich:** Jugendarbeitslosigkeit: 8,2 %: Junge Männer sind häufiger betroffen als junge Frauen.

Arbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung: 4,2 %.

Der österreichische Arbeitsmarkt umfasst 3,5 Millionen Beschäftigte.

In **Spanien** beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 54 %, eine der höchsten Quoten in der EU.

Die Mitte-rechts-Regierung hat sich das Ziel von 20 Millionen Beschäftigten gesetzt.

**Litauen:** Der monatliche Durchschnittslohn beträgt 640 Euro, weswegen man froh wäre, das Lohnniveau der estnischen Nachbarn zu erreichen. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird durch massive Auswanderung junger Menschen „gelöst“.

**Polen:** Unfreiwillige Auswanderung oder Mobilität für Arbeitnehmer? Junge Menschen lassen sich ihre Erziehung und Ausbildung vom Steuerzahler finanzieren und verlassen dann das Land. Berufliche Bildung hat ein Imageproblem: junge Menschen gehen lieber auf die Universität – und finden im Anschluss an ihr Studium dann oftmals keine entsprechende Arbeit.

**Portugal:** Das duale System funktioniert, wenngleich – vor dem Hintergrund einer schwachen Wirtschaft – nicht reibungslos.

Das Ausbildungssystem allein kann das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht lösen. Die wirtschaftliche und politische Lage spielt ebenfalls eine Rolle.

**Tschechische Republik:** Das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit wird verringert, wenn es jungen Menschen gelingt, direkt im Anschluss an ihre Ausbildung einen Arbeitsplatz zu finden.

Der Arbeitsmarkt muss sein Angebot über den Ersatz der aus Altersgründen ausscheidenden Arbeitnehmer hinaus erweitern.

Maßnahmen sind eingeführt worden, um die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren.

**Ungarn:** Niedrige Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen (6 %).

Das Echo der Bürger auf die Arbeitsmarktreformen des Jahres 2012 fiel gemischt aus: den Arbeitgebern wurden erhebliche neue Freiheiten eingeräumt, aber viele Bürger werteten dies – vor dem Hintergrund der weltweiten Situation – als realistische Anpassung der Gesetze an wirtschaftliche Zwänge.

Die Wirtschaft stagniert.

### **Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit: Was ist zu tun – und von wem?**

Imre MÜRK, Technische Hochschule Tallinn: Die technologischen Veränderungen werden weltweit viele Arbeitsplätze vernichten, insbesondere im Niedriglohnbereich. Dieser Prozess hat bereits begonnen. Gleichzeitig werden jedoch auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Weitere Studien sind zur Erforschung dieses Phänomens erforderlich. Wir können derzeit nicht mit Sicherheit voraussagen, wo die neuen Arbeitsplätze entstehen – im Kreativbereich, im Gesundheitswesen? – aber es scheint klar, dass nicht alle Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz an Roboter und Computer verlieren, in der Zukunft mit einer Beschäftigung rechnen können.

Dr. Jaan MASSO von der Universität Tartu stellte sein Projekt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor. Durch aktuelle EU-Projekte werde die Beschäftigung von Arbeitnehmern im Alter von bis zu 29 Jahren gefördert. Was aber, so fragte Dr. Masso, geschehe mit den 30-jährigen? Keine Fördermittel stünden bereit, um sie bei der Suche nach einem Arbeitsplatz zu unterstützen.

Rein OSOLIN, Leiter des Järva-Zentrums für Berufliche Bildung, unterstrich die Notwendigkeit einer Einführung des dualen Systems in Estland. Mit Blick auf das für eine Dauer von 5 Jahren eingeführte Projekt zur Gründung eines dualen Systems für 5000 Auszubildende forderte Osolin eine dauerhafte Lösung an Stelle einer Übergangsregelung. Das Pro-Kopf-Prinzip der Vergabe staatlicher Mittel an Schulen, so kritisierte er ferner, habe zum Ausbruch eines „offenen Krieges“ zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen um jeden einzelnen Schüler geführt.

### **Die Rolle von Jugendorganisationen bei der Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für EU-Initiativen**

Mojca PERAT von der Kerngruppe der EZA-Plattform für junge Arbeitnehmer stellte die Arbeit ihrer Organisation vor. Ziel der Plattform sei es, eine gegenseitige Annäherung zwischen jungen Menschen und Gewerkschaften oder Arbeitnehmerorganisationen in Gang zu setzen.

Kei KARSLON, Gründerin der Plattform goworkabit.com, vermittelte Einblicke in die Mechanismen des so genannten Plattformkapitalismus. Die Website funktioniert als eine Art Kurzzeit-Stellenvermittlung: die Arbeitnehmer werden stundenweise bezahlt, und die Arbeitgeber gehen keine – über die Begleichung der ihnen präsentierten Rechnung hinausgehenden – arbeitsrechtlichen Verpflichtungen ein. Die Stellenvermittlung dient in erster Linie der Überwindung kurzfristig entstandener Engpässe – wenn sich z.B. ein Angestellter krank gemeldet hat oder wenn saisonbedingt ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften entstanden ist. Wenn der einschlägig vermittelte Arbeitnehmer allerdings einen Arbeitsunfall erleidet, hat er keinerlei Anspruch auf die normalerweise einem Beschäftigten zustehenden Leistungen.